

Prammer präsentiert Frauen-Rechtsschutzfonds

Recht haben heißt nicht Recht bekommen

Frauenministerin Barbara Prammer hat heute den neuen Rechtsschutzfonds für Frauen in Wien vorgestellt. „Alle Menschen gleich, nicht alle gleich“ lautet die Devise. „Wir sind auch tatsächlich zu ihrem Recht“, verspricht Prammer in einer Pressekonferenz. „Frauen sind das schwächste Glied in der Kette“, sie können oft nicht alle Rechtsmittel ausschöpfen. Deshalb sei es höchst an der Zeit für diese Initiative.

Der „Verein zur Förderung von Rechtschutz von Frauen“ wurde im Sommer 1998 gegründet. Er unterstützt Frauen und Kinder, die in frauenpezifischen rechtlichen Verfahren eine finanzielle Unterstützung zur Durchsetzung ihrer Rechte benötigen, sofern sie keine ausreichenden Rechtsschutz durch andere Institutionen oder Personen erhalten. Die zu unterstützenden Fälle werden von einem zwölfköpfigen Beirat des Vereines ausgewählt.

Für heuer hat der Fonds rund 800.000 Schilling zur Verfügung. An Förderungen hat er

Verdachtsklärung von Prämien, ersäßig und nicht von Wiener Schlichtungsstelle (Casper Eberh), 40.000 von Innenminister Karl Schlingensiefel (über 300.000) Schulung von der Anti-Gewaltzentrale von Al-Bundeskauzler Franz Vranitzky erhalten. Die Präsidentin des Fonds, Anna Spitzer, erklärte, daß sie von den 500.000 Schulungsgeldern nur die Hälfte ausgeben konnte, weil der Verein im Falle des Verlierens eines Verfahrens die gesamten Kosten dieses Verfahrens tragen müsse. Deshalb müsse es in der Zukunft eine relativ große

Prammer will Fristverlängerung bei Wegweiserecht

Zur Jahresang des „Gesetzes zum Schutz vor Gewalt in der Familie“ betonen SPÖ Abg. Gabriele Binder und SPÖ-Bundesfrauensekretärin, Andrea Kunzli, die Wirksamkeit dieses Instruments. Sie fordern aber den flächendeckenden Ausbau der Interventionsstellen.

Wichtiger Punkt des Gesetzes zum „Schutz vor Gewalt in der Familie“ ist das sogenannte „Wegweiserecht“ (der gewalttätige Mann kann von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden) und das Rückkehrverbot (d. maximal 14 Tage, 2.675 Manner wurden 1998 aus ihren Wohnungen verwiesen. Die Frauen brauchen zur Entscheidungsfindung und zur Erledigung der notwendigen Wege mehr Zeit. Prammer fordert daher eine Fristverlängerung.

WIENER ZEITUNG

30.04. 1999

Seite 3